



Essay

DIE ILLUSION DER EUROPÄISCHEN KOLLABORATION. MARSCHALL PÉTAIN UND DER ENTSCHLUSS ZUR ZUSAMMENARBEIT MIT DEM NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND 1940¹

Von Dieter Gosewinkel

Im Herbst 1940 hielten die Armeen des nationalsozialistischen Deutschen Reiches große Teile des europäischen Kontinents besetzt. Der Sieg über Frankreich im Juni 1940 schaltete die letzte gegnerische Großmacht auf dem europäischen Kontinent aus, denn mit der Sowjetunion teilte das Reich einvernehmlich das besetzte Polen. Auch das nationalsozialistische Regime begann zu dieser Zeit Pläne für die Neuordnung Europas zu entwerfen, ein Europa unter nationalsozialistischer Hegemonie. Mehrere Varianten der Hegemonie standen zur Diskussion: direkte, territorial und militärisch ausgeübte Herrschaft oder indirekte Dominanz, die befreundete Regime möglichst in Form von Satellitenstaaten errichten und unter dem politischen Einfluss des Deutschen Reiches halten sollte.

Den zweiten Weg, den „Weg der Kollaboration“, beschritten am 24. Oktober 1940 die Regierungen Frankreichs und des Deutschen Reiches. Der französische Staatschef Marschall Philippe Pétain und der Reichskanzler Adolf Hitler verabredeten in einer Unterredung die Kollaboration: Die im Folgenden abgedruckte Rede Pétains, die „Botschaft vom 30. Oktober 1940“, betraf das Treffen mit Hitler in Montoire und informierte die französische Bevölkerung über einen Sachverhalt, der viele in politische Aufregung versetzt hatte. War tatsächlich die Zusammenarbeit mit dem Erbfeind mehrerer Jahrhunderte beschlossen worden, mit der Okkupationsmacht, die seit Juli 1940 das überwiegende Territorium Frankreichs militärisch besetzt hielt und den französischen Rumpfstaat politisch kontrollierte?

Pétain sah sich zweifellos in der schwierigen Lage, die Bevölkerung seines Landes, das militärisch und politisch gespalten war, vom Nutzen der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht zu überzeugen. Er wählte dazu das Mittel einer Radiobotschaft, die am Spätnachmittag des 30. Oktober 1940 in der „zone libre“, dem verbliebenen französischen Staatsgebiet, ausgestrahlt wurde. Trotz ihrer Wichtigkeit drangen die den Botschaften Pétains allein vorbehaltenen Rundfunkmitteilungen jedoch kaum über die „zone libre“ hinaus, denn die Reichweite der Rundfunkanstalten war aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen der deutschen Besatzungsmacht beschränkt. Die Regierung von Vichy ließ deshalb binnen zweier Wochen eine Million gedruckter Exemplare der Rede auch in der besetzten Zone verteilen und eine Schallplattenversion verkaufen. Neue Quellenforschungen belegen, dass die von Pétain verlesenen Reden inhaltlich weitgehend von ihm selbst geschrieben waren, obschon eine große Gruppe von Beratern und Politikern immer wieder auf Formulierungen der Redeentwürfe redaktionell Einfluss nahm. Wie der Vergleich mit dem Manuskript zeigt, versuchte Pétain im gespro-

1 Essay zur Quelle Nr. 5.4, Pétains Erklärung zur „Kollaboration“ vom 30. Oktober 1940.

chenen Wort die Härte der ursprünglichen Situationsbeschreibung abzumildern, um zugleich seinen Führungsanspruch als alleiniger „Chef“ des Staates zu unterstreichen. Die Rede fand sehr große Beachtung, wie zahlreiche Berichte belegen. Wie bedeutend sie dem Vichy-Regime erschien, zeigt sich daran, dass sie unter erheblichen Anstrengungen mithilfe der zu der Zeit zur Verfügung stehenden modernen Technik verbreitet werden sollte. Die Ausstrahlung als Rundfunksendung unterstrich sowohl den Anspruch auf Authentizität als auch persönliche Führungskraft, mit der Pétain seine neue Politik der Kollaboration dem zweifelnden französischen Volk nahe bringen wollte.

Pétain genoss zu diesem Zeitpunkt großes Vertrauen in der französischen Bevölkerung. Der greise Marschall, Sieger der Schlacht von Verdun, galt als nationaler Held. Nach der Niederlage gegen die Wehrmacht hatte es daher auch die Mehrheit der Franzosen gebilligt, dass er im Juli 1940 die geschwächte Dritte Republik durch ein autoritäres Regime ersetzte, das nun die konservativen Werte von „Arbeit, Familie, Vaterland“ gegen Liberalismus, Parlamentarismus und Sozialismus auf die politische Tagesordnung setzte. Pétain vereinigte als „Chef de l'État Français“ in seiner Person eine nahezu absolute Führungsmacht, die durch keine Verfassung und kein Parlament beschränkt war. Unter seiner Führung verkörperte jetzt auch der französische Staat den Typus des autoritären Regimes, der in einer konservativen Revolution gegen die Werte der französischen Revolution seit den Machtantritten Mussolinis 1922 und Hitlers 1933 immer weitere Teile Europas erfasst hatte. Indem er zum Abschluss seiner Rede den begütigenden Ton des weisen „Vater(s)“ in den Anweisungsstil des „Chefs“ umschlagen ließ, warf Pétain das gesamte Gewicht seiner Machtfülle in die Waagschale. Gefangen in dem Dilemma zwischen seinem ausgeprägten Nationalbewusstsein einerseits und seiner politisch-ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus andererseits stellte Pétain den Appell an die Würde Frankreichs sowie den ausgesprochenen Wunsch nach seinem Wiedererstarken gleich an den Anfang seiner Rede. Erst auf dieser Grundlage konnte er die geplante Kollaboration rechtfertigen und Glaubwürdigkeit für seine Behauptung beanspruchen, die Verabredung mit dem Führer entspringe keinem „Diktat“. Der Opposition gegen die Kollaboration billigte Pétain so auch noble Motive zu, warnte sie aber zugleich vor blinder Hartnäckigkeit und falscher Prinzipienfestigkeit. Dagegen betonte er die bald zu erwartenden Vorteile der Kollaboration: die verbesserte Lage der französischen Kriegsgefangenen, die das Deutsche Reich zur Arbeit in seinen Rüstungsbetrieben zwang; die Minderung der außerordentlich hohen Besatzungskosten, die Frankreich zum Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung machten und ein zentrales Motiv für die wirtschaftliche Kollaboration darstellten; schließlich die größere Durchlässigkeit zwischen den Zonen in die Frankreich wirtschaftlich und politisch zerrissen war. Im Gegenzug verlangte Pétain von den Franzosen, was auch die deutsche Besatzungsmacht von ihm erwartete: dass die Kollaboration aufrichtig und ohne Feindseligkeit verlief. Welchen Gewinn konnte Pétain dafür den tief verunsicherten Franzosen versprechen? – Zunächst vor allem die Aussicht, die Souveränität und Einheit Frankreichs aufrechtzuerhalten, die seit „zehn Jahrhunderten“ bestand und die das Sanktuarium des französischen Nationalbewusstseins darstellte. Um dieses religiös aufgeladene Allerheiligste Frankreichs zu retten, suchte Pétain institutionellen Rückhalt „im Rahmen einer neuen Ordnung Europas“. Pétain war sehr wohl bewusst, dass die Souveränität Frankreichs prekär bleiben würde, zumal sie von zwei Seiten zugleich bedroht war: zum einen von der deutschen Besatzungsmacht, die kraft der Waffenstillstandsbedingungen und ihres militärischen Übergewichts die faktische Herrschaft auf französischem Territorium besaß bzw. jederzeit vollständig herstellen konnte; zum anderen aber auch von der französischen Oppo-

sition, der Résistance um Charles de Gaulle, der am 18. Juni 1940 gegen das Pétain-Regime zum bewaffneten Widerstand aufgerufen hatte. In dieser schwierigen Lage, die durch die deutsche Hegemonie sowie zugleich durch die innere Spaltung Frankreichs geprägt war, konnte nur eine Neuordnung Europas einen „Rahmen“ abgeben. Idealerweise sollte dieser Rahmen die deutsche Hegemonialmacht dazu bringen, sich selbst zu binden sowie verbündeten Regimen – zumindest teilweise – Souveränität garantieren und sie damit auch an der Herrschaft in Europa teilhaben lassen.

Pétain griff damit einen Gedanken auf, der seit dem Sommer 1940 auf deutscher wie auch französischer Seite zunehmend eine Rolle spielte, denn die strategischen Planer in deutschen Regierungs- (und Militärkreisen) mussten gerade in den Septembertagen 1940 erkennen, dass die deutsche Herrschaft über den europäischen Kontinent zwar umfassend, aber keineswegs gesichert war. England war unbesiegt, und der von Hitler umworbene spanische Diktator Franco wahrte seine Neutralität. Aus der Sicht des Reiches erschien es daher nützlich, die Truppen des französischen Staates, die sich als loyal im Kampf gegen de Gaulle erwiesen hatten, bei der Sicherung der deutschen Herrschaft im Mittelmeerraum einzusetzen – und so spielte Pétain genau darauf auch in seinem Hinweis auf „unsere Seeleute“ an.

Die französische Kollaboration war nicht einheitlich, die ihr zugrunde liegenden verschiedenen Strömungen verband jedoch eine Reihe von Motiven: Zum einen bestand eine starke nationale Tendenz, die ihr vornehmliches Ziel darin sah, die Einheit und Souveränität Frankreichs zu erhalten. Pétain selbst stand für diese Richtung und forcierte sie in seiner Botschaft. Daneben existierte eine Linie, die vor allem von Pierre Laval, dem Ministerpräsidenten, und einer Gruppe jüngerer Funktionäre, Politiker und politischer Berater angeführt wurde. Diese Gruppierung trat für eine stärker deutsche, „nordiste“ genannte Position ein. Sie nahm eine deutsche Herrschaft über große Teile Europas nicht nur hin, sondern befürwortete sie sogar ausdrücklich und stritt dabei für eine angemessenere Rolle Frankreichs in der gewünschten engen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich. Viele Mitglieder dieser Gruppe waren durch die europapolitischen Gruppierungen sowie die Initiativen zu einer deutsch-französischen Verständigung der Zwischenkriegszeit geprägt, in der der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, zu einer Zentralfigur in einem Netzwerk intellektueller und künstlerischer Kollaboration wurde, die auf ideologische Affinität gründete. Die französischen Kollaborationsgruppen vertraten daher – im Unterschied zu anderen Kollaborateuren im besetzten Europa – eine betont „europäische“ Ausrichtung. Sie lehnten eine territoriale und politische Einfügung Frankreichs in das Deutsche Reich ab und sahen die Selbständigkeit ihres Landes am ehesten in einer europäischen Ordnung gesichert.

Die Motive französischer Intellektueller, Funktionäre und Politiker, gerade im totalitären Deutschen Reich den Geburtshelfer und Schutzherrn eines „neuen Europa“ zu sehen, sind vielschichtig und für gegenwärtige Historiker oftmals schwer nachvollziehbar. Zeitgenössische und spätere Analysen sind dieser Haltung des kollaborierenden „Europäismus“ mit scharfer Kritik begegnet: Sie warfen zum Beispiel Schriftstellern wie Drieu la Rochelle, Abel Bonnard und Robert Brasillach sowie den Politikern um Pierre Laval, Marcel Déat und Yves Bouthillier Defätismus gegenüber der militärischen Übermacht Deutschlands vor und hielten ihnen ihr Taktieren um politisch einflussreiche Posten oder ihren schlichten Zynismus entgegen – eine Kritik, die in vielerlei Hinsicht den Motiven der Betroffenen entspricht. Unübersehbar ist andererseits, dass der Aufbruch des „Europäismus“ unter französischen Intellektuellen seit dem Sommer 1940 keine bloße ad-hoc-Konstruktion oder blanker Opportunismus gegenüber dem propa-

gandistischen Werben der deutschen Besatzungsmacht war. So wurde zwar die Verkündung eines „europäischen“ Plans durch den Reichswirtschaftsminister Walther Funk am 25. Juli 1940 begrüßt, der nun den Übergang vom Reich der Phantasie in die Welt der Tatsachen einer neuen europäischen Wirtschafts- und Raumordnung versprach. Viel mehr als diese kurzfristigen Beteuerungen waren hingegen andere ideelle Wurzeln bestimmend, insbesondere das Denken in dem Modell eines „Dritten Weges“ zwischen Liberalismus und Sozialismus. Der Europagedanke der Zwischenkriegszeit hatte für viele Intellektuelle und Politiker gerade daraus seine Anziehungskraft bezogen, dass er föderative Lösungen jenseits der überkommenen politischen Denkmuster verhiess. Jenseits des Nationalstaats mit seinen scharfen Abgrenzungen und kriegerischen Souveränitätskonflikten, jenseits der liberalen und demokratischen Systeme, die die politische Entscheidungskraft aufsplitterten, jenseits auch des Sozialismus, der die schöpferische Kraft des Einzelnen lähmte, sollte, so die Vision, die Einigung „Europas“ die Brücke zu einer friedlichen, wohlgeplanten und wirtschaftlich erfolgreichen Zukunft schlagen.

Unter dem Dach eines so konstruierten „neuen Europa“ trafen sehr verschiedene politische Strömungen und Motive zusammen: neben Pazifisten und ehemaligen Sozialisten standen autoritäre, dem Totalitarismus des NS-Regimes zuneigende Richtungen und neben Denkern des Föderalismus in der Tradition Aristide Briands befanden sich Visionäre einer technokratisch-rationalen Denkweise, die Europa als eine planbare Konstruktion voranbringen wollten. Ihnen gemeinsam war die Erwartung, dass der Sieg des nationalsozialistischen Reiches über die Dritte Republik nicht das Ende, sondern der Beginn der Hoffnung auf eine seit langem erstrebte politische Neuordnung war, die die Grenzen des französischen Nationalstaats deutlich überschritt.

Pétains Hinweis auf eine „neue europäische Ordnung“ enthielt eine Konzession an diese Richtung. Wie aber verhielt sich die von Pétain angebotene Einfügung Frankreichs in eine „neue europäische Ordnung“ unter nationalsozialistischer Führung zu der beanspruchten Souveränität Frankreichs als politischer Einheit? Hier öffnet sich ein Riss in der Argumentation Pétains, hinter dem ein ganzes Tableau immanenter Widersprüche, einseitiger Erwartungen und absehbarer politischer Enttäuschungen sichtbar wird. Das Ziel, das souveräne Frankreich aufrechtzuerhalten, war nach hergebrachten staatsrechtlichen Begriffen nicht oder nur schwer damit vereinbar. Während die überzeugten kollaborationsbereiten Europäer gerade die nationalstaatlichen Grenzen überwinden wollten, strebte Pétains „Nationale Revolution“ auf eine innere Veränderung Frankreichs hin, das damit um so wirksamer seine Eigenständigkeit verteidigen und zugleich in einer zwischenstaatlichen Kollaboration beweisen sollte. Aber diese Vorstellung von Kollaboration als Kooperation auf gleicher Ebene beruhte auf einer Täuschung. Sie täuschte sich über die Interessenlage der deutschen und den Handlungsspielraum der französischen Seite. Die Führung des Deutschen Reiches verfügte aufgrund des Waffenstillstandsabkommens über genügend Handhabe, um den verbleibenden französischen Staat zu loyaler Mitarbeit zu zwingen. Sie kontrollierte die Gesetzgebung und Besetzung der öffentlichen Spitzenämter in ganz Frankreich, konnte jederzeit den Waffenstillstand kündigen oder auch jederzeit die „zone libre“ unter militärischen Druck setzen und aushungern. Das Interesse des Reiches ging dahin, mit Hilfe französischer Behörden vor allem jene unliebsamen Maßnahmen reibungsloser durchzusetzen, die im deutschen Interesse geboten schienen. An eine „loyale“ Kollaboration war von deutscher Seite nicht gedacht. Dies zeigte sich bereits einen Monat nach der Zusammenkunft von Montoire, als die deutsche Besatzungsmacht mehrere hunderttausend Franzosen aus der annektierten Zone Lothringen auswies und damit großen Unmut über

das Kollaborationsregime Pétains in der französischen Bevölkerung auslöste. Auch eine „neue Ordnung Europas“, in der Frankreich oder französische Politiker eine nennenswerte Rolle hätten spielen sollen, entsprach weder den Planungen noch den Interessen der deutschen Führung. Hitler stellte die „Falle der formalen Souveränität“ (Marc Olivier Baruch), um den französischen Staat unter dem Schein der Staatskollaboration wirksamer für die eigenen Zwecke einzuspannen.

Die Botschaft Pétains vom 30. Oktober 1940 dokumentiert mithin eine Erwartung, die in mehrfacher Hinsicht scheiterte: Die Hoffnung auf loyale Kollaboration zwischen dem besetzenden und dem besetzten Staat zerschlug sich rasch, da sie in ihrer Grundlage von einer Form der Gleichberechtigung ausging, die niemals im Interesse des Deutschen Reiches lag. Die hochgespannten Erwartungen der ‚Europäer‘ in den Kreisen der Kollaboration scheiterten ebenfalls. Dies lag nicht nur an ihren widersprüchlichen Vorstellungen hinsichtlich der Mittel der Kollaboration, sondern auch an der Grundlage des nationalsozialistischen Systems, das auf Homogenität und nicht auf föderale Vielfalt, auf Unterordnung und nicht auf Teilhabe an einem gemeinsam zu gestaltenden Ganzen hin angelegt war.

Und dennoch hat das Dokument eine bleibende Wirkung entfaltet. Es wirkte zunächst begriffsprägend. „Kollaboration“ ist seit der „Botschaft vom 30.10.1940“ endgültig ein politischer Begriff. Von der Bezeichnung des spezifischen Falls Frankreich ist dieser zum Gattungsbegriff für alle Regime besetzter Länder aufgestiegen, die während des Zweiten Weltkriegs und in dessen Folge mit einer Besatzungsmacht kooperierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg überwog diese politische Semantik so sehr, dass die allgemeine Bedeutung des Wortes zeitweilig dahinter zurücktrat. Schließlich zeugt Pétains Botschaft im Kontext der Publizistik ihrer Zeit aber auch von einem Strang des europäischen Einigungsdenkens, der heute vielfach unterschätzt oder sogar übergangen wird. Die „neue europäische Ordnung“ im nationalsozialistisch beherrschten Großraum sollte nach Auffassung ihrer Protagonisten keine liberale und demokratische sein. Ungeachtet aller politischen Naivität und allen Opportunismus, die in dieser Vorstellung mitschwangen, war sie jedoch eine Spielart europäischen Denkens, die in der Europabewegung der Zwischenkriegszeit wurzelte und unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen nach 1945 zum Durchbruch kommen sollte.

Literaturhinweise

- Baruch, Marc Olivier, Das Vichy-Regime. Frankreich 1940-1944, Stuttgart 1999
Bruneteau, Bernard, „L'Europe nouvelle“ de Hitler. Une illusion des intellectuels de la France de Vichy, Monaco 2003
Burrin, Philippe, La France à l'heure allemande 1940 – 1944, Paris 1995
Cointet, Jean-Paul, Histoire de Vichy, Paris 2003
Delpla, François, Montoire. Les premiers jours de la collaboration, Paris 1996

Die Druckversion des Essays findet sich in Hohls, Rüdiger; Schröder, Iris; Siegrist, Hannes (Hg.), Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005, S. 329-333.

Dieser Essay bezieht sich auf eine Quelle, die in der Rubrik Quellen im Themenportal Europäische Geschichte (www.europa.clio-online.de) zu finden ist.